

Neue Zürcher Zeitung

Der «Schweizer Islam» weckt starken Widerstand

Die Linke will den Muslimen den Weg zu einer staatlichen Anerkennung ebnen, die Konservativen kündigen Opposition an

SIMON HEHLI

Welchen Platz haben die Muslime in der Schweizer Gesellschaft? Kaum eine andere politische Frage ist so heiss umstritten. Die SP nimmt nun einen neuen Anlauf zur Klärung: Am 16. Juni lädt sie zu einer Tagung im Haus der Religionen in Bern, an der die Genossen über die Rolle des Islams diskutieren wollen. Als Grundlage dient ein Diskussionspapier, das die Parteileitung verfasst hat. Sie fordert, dass in jenen Kantonen, in denen eine staatliche Anerkennung von Religionsgemeinschaften bestehe, diese auch allen anderen offenstehen müsse. Nichtchristliche Religionen würden sonst gegenüber den Kirchen diskriminiert. Der SP geht es um die sogenannte «grosse» Anerkennung: Die Muslime sollen «Kirchensteuern» erhalten, Schulräume nutzen und Seelsorger in Spitäler, Heime und Gefängnisse entsenden dürfen. Auch soll es an den Universitäten Angebote in islamischer Theologie geben, die als Grundlage für eine Imam-Ausbildung dienen würde.

Die öffentlichrechtliche Anerkennung ist Sache der Kantone - und in der Mehrheit von ihnen bieten die Verfassungen gar keine Möglichkeit, die Anerkennung auf nichtchristliche Religionen auszuweiten. Die Grünen wollen deshalb einen Schritt weiter gehen als die SP. In einem neuen Vorstoss fordern sie den Bundesrat auf, in einem Bericht «eidgenössische Formen der Anerkennung» für Muslime, aber auch für Hindus oder Buddhisten zu prüfen. Dies würde verhindern, dass einzelne Religionsgemeinschaften benachteiligt werden, nur weil sie im «falschen» Kanton angesiedelt sind.

Fernziel Anerkennung

Kritiker einer öffentlichrechtlichen Anerkennung nichtchristlicher Gemeinschaften wie der CVP-Präsident Gerhard Pfister zweifeln daran, dass die Muslime eine solche wirklich anstreben. Dem widerspricht Pascal Gemperli, Sprecher der Föderation islamischer Dachorganisationen der Schweiz (FIDS), eines der grössten nationalen Muslimverbände: «In den Kantonen, in denen sich die Frage konkret stellt, stellen wir ein weitgehendes Interesse innerhalb der Verbände fest.» Die FIDS betrachte die staatliche Anerkennung der muslimischen Gemeinschaften prinzipiell als Fernziel und als «wichtige Grundlage zur Normalisierung der Beziehung zwischen Schweizer Gesellschaft und islamischer Gemeinschaft». Gemperli begrüsst deshalb das Vorgehen der SP.

Gemperli war bis vor kurzem Präsident des Waadtländer Muslimverbandes (UVAM). In dieser Funktion hat er die «kleine» Anerkennung - also ohne Zugriff auf Steuergelder - in seinem Kanton vorangetrieben. Bis es so weit ist, wird es noch dauern, auch weil die Französischkenntnisse der Imame einzelner Moscheen, die zur UVAM gehören, nicht gut genug sind. Die Hürden für die «grosse» Anerkennung sind noch höher. Die SP stellt verschiedene Forderungen: Es brauche einen Dachverband mit einer gewissen Repräsentanz, ein Bekenntnis zum säkularen, diskriminierungsfreien Rechtsstaat, finanzielle Transparenz und weitgehende Unabhängigkeit von ausländischen Geldgebern sowie die Bereitschaft, gemeinnützige Dienste zu leisten.

Zudem verlangt die SP demokratische Strukturen, welche die «gleichberechtigte Teilnahme von Frauen und Männern gewährleisten». Die patriarchalen Strukturen in islamischen Ländern gelten als eines der Haupthindernisse für einen «europäischen Islam».



Viele Muslime in der Schweiz wünschen sich eine Form der staatlichen Anerkennung.

GORAN BASIC / NZZ

Können die hiesigen Muslime dem auch in der Verfassung verankerten Gleichberechtigungsgebot gerecht werden, solange in den Moscheen keine Imaminnen das Freitagsgebet leiten? Das müssen sie nicht unbedingt, wie der Luzerner Kirchenrechtsprofessor Adrian Loretan sagt.

Eine Möglichkeit wäre, dass die Muslime Parallelstrukturen zu den Moscheen aufbauen, analog zu den kantonalkirchlichen Organisationen der Katholiken. Diese Körperschaften, die für die Verwaltung der Steuergelder und den Austausch mit dem Staat zuständig sind, funktionieren nach demokratischen Prinzipien und gewährleisten die Beteiligung der Frauen. In der eigentlichen Kirche ist ihnen der Zugang zum Priesteramt zwar verwehrt, aber beispielsweise hat die Zürcher Landeskirche mit Franziska Driessen eine Präsidentin. Aus Sicht von Loretan gibt es jedoch ein weiteres Kriterium, das mindestens so wichtig sei wie die Frauenfrage: «Die muslimischen Verbände müssen die Religionsfreiheit garantieren - es darf nicht sein, dass Muslime, die der Religion den Rücken kehren, verfolgt werden.»

FIDS-Sprecher Gemperli hält den Forderungskatalog für legitim. «Wichtig sind uns die Sicherstellung des sozialen und religiösen Friedens in der Schweiz, das Bekenntnis zum Rechtsstaat und zu den verfassungsmässigen Freiheiten sowie die Gleichberechtigung von anerkannten religiösen Gemeinschaften.» Gemeinnützige Leistungen seien ein zentraler Teil des Wertekodexes der Muslime. «Und finanzielle Transparenz und demokratische Strukturen sind sowieso unabdingbar für die verantwortungsvolle Führung von Vereinen und Verbänden.»

Eine grosse Herausforderung ist die ethnische und sprachliche Vielfalt der muslimischen Diaspora in der Schweiz. Für den Kirchenrechtler Loretan ist es deshalb das realistischste Szenario, dass sich nicht die Muslime als ganze Religionsgemeinschaft, sondern einzelne nationale Gemeinschaften um die Anerkennung bemühen - etwa die Bosnier, Albaner oder Türken.

Muslimvertreter Gemperli sieht das jedoch anders, weil ein solches Modell auf eine Spaltung hinauslaufen könnte. Eine herkunftsorientierte Gemeinschaftsstruktur sei nicht im Sinne eines Schweizer Islams. «Die nationalen Unterschiede werden sich auf die Dauer sowieso auflösen, die Jungen organisieren sich heute schon überethnisch.»

SVP und CVP sind dagegen

Welche Form der Anerkennung die Muslime auch anstreben, sie müssen mit starkem Widerstand rechnen. Saida Keller-Messahli vom Forum für einen fortschrittlichen Islam hält eine öffentlichrechtliche Anerkennung des Islams hierzulande für unmöglich, wie sie im letzten November gegenüber der NZZ sagte. Denn zu viele Moscheen, Kulturzentren und Verbände hätten derzeit Verbindungen zum internationalen Islamismus. Die SVP stellt sich in ihrem Parteiprogramm ebenfalls explizit gegen die öffentlichrechtliche Anerkennung «nichtwestlicher» Religionsgemeinschaften. Der für das Dossier zuständige Nationalrat Andreas Glarner sagt: «Wir gewähren den Muslimen gerne die Freiheit, ihre Religion auszuüben, doch mehr braucht es nicht.» Er teilt mit, seine Partei würde Versuche zur staatlichen Anerkennung vehement bekämpfen.

Ähnliches ist von der CVP zu erwarten angesichts der islamkritischen Voten ihres Präsidenten Gerhard Pfister in der «Wertedebatte». Nicht die Hände verbrennen an der Anerkennungsfrage mag sich hingegen der Freisinn. Die FDP sei grundsätzlich eine säkulare Partei, und Religionsfragen gehörten nicht zu ihren Kernthemen, sagt deren Sprecher Martin Stucki. Religionsfragen fielen sowieso in die Kompetenz der Kantone.